

## ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs  
im Gemeinderat der Stadt Wr. Neustadt  
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung  
am 30.03.2011

---

## DRINGLICHKEITSANTRAG:

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

**Resolution:**

Die Bundesministerin für Inneres soll das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) veranlassen, alle in Wr. Neustadt eingetragenen islamischen Vereine stichprobenartig zu Überprüfen.

**Begründung:**

Das Leitbild des BVT sieht unter anderem vor:

*„Schutz der Bevölkerung  
Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen. Als  
Teil des staatlichen Sicherheitssystems schützt das BVT die Menschen  
in Österreich vor weltanschaulich und politisch motivierter  
Kriminalität und den damit verbundenen Gefahren.  
sowie der verfassungsmäßigen Grundordnung  
Eine demokratische Gesellschaft bedarf der verfassungsrechtlichen  
Fundierung und rechtsstaatlichen Absicherung ihrer  
Werte, Verfahren und Strukturen. Diese sind eine zentrale Voraussetzung  
für eine funktionierende Demokratie und besonders schützenswert.“*

Außerdem ist dem aktuellen Verfassungsschutzbericht 2010, hierbei muss  
angemerkt werden, dass dieser logischerweise nicht etwa von der FPÖ verfasst  
wird, zu entnehmen:

*„Der religiös motivierte Extremismus und Terrorismus stand im  
Jahr 2009 im Zentrum der Bearbeitung durch das BVT. Insbesondere  
die Tendenzen einer Verschärfung der Radikalisierungs- und*

*Rekrutierungsaktivitäten im Bundesgebiet haben sich bestätigt.  
Der „home-grown“ Extremismus bzw. Terrorismus mit transnationalen  
Vernetzungen der Exponenten stellt die größte Gefährdung  
für Europa und für Österreich dar.“*

Natürlich kann keinem Verein irgendetwas unterstellt werden. Es kann jedoch auch nicht geleugnet werden, dass es möglich ist, dass diese Strömungen eindeutig im gesamten Bundesgebiet vorherrschen. Der beste Beweis dafür ist, dass das BVT im Jahr 2009 verstärkt diese Tendenzen geprüft hat und diese Tendenzen schlussendlich auch bestätigt wurden.

Wichtig ist, dass sich die Wr. Neustädter Bevölkerung sicher fühlen kann. Um diese Sicherheit zu gewährleisten spricht unserer Ansicht nach nichts gegen eine stichprobenartige Prüfung, denn genau dafür ist das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung immerhin geschaffen worden. Wenn nun erkannt wird, dass der Islam auch verstärkt in Wr. Neustadt Einzug hält, müssen wir dafür Sorge tragen, dass alles unternommen wird, um unserer Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit zu bieten.

Während viele Dinge für eine Überprüfung sprechen, ist natürlich auch klar, dass selbst islamische Vereine an einer Prüfung interessiert sein müssten. Einerseits ist es wichtig, schwarze Schafe ausfindig zu machen, und andererseits kann doch niemand etwas gegen eine Prüfung haben, wenn er nichts zu verbergen hat.

Wie bereits in letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt geht großes Unbehagen durch die Bevölkerung. Niemand kann sich sicher sein, was in Zukunft auf Wr. Neustadt zukommt, vor allem dann nicht, wenn der Islam anscheinend vom amtierenden Bürgermeister auch noch gefördert wird. Egal welche Probleme mit irgendwelchen Bauwerken auf die Bevölkerung zukommen, eines muss jedoch für die Bevölkerung von vorne her klargestellt werden: Ohne irgendeinen Zusammenhang mit irgendwelchen Bauwerken herzustellen, muss sich die Wr. Neustädter Bevölkerung sicher sein können, dass keine schleichende Gefahr droht.

Es wird NICHT gefordert, dass irgendwelche bestimmten Vereine überprüft werden. Es kann jedoch nichts gegen eine grundsätzliche, breite, stichprobenartige Prüfung sprechen, um generell die Sicherheit für die Bevölkerung zu Erhöhen bzw. Gefahrenpotentiale von vorneherein abzuschwächen oder zu verhindern!

Wir als Gemeinderat der Stadt Wr. Neustadt sind es unserer Bevölkerung schuldig, alle Gefahrenpotentiale auszuschalten. Die Bevölkerung darf neben gesteigerter Kriminalität nicht auch noch mit diesen Problemen konfrontiert werden. Wr. Neustadt muss ein Vorreiter in Sachen Sicherheit werden. Die Freiheitlichen stehen für ein Wr. Neustadt, in dem sich die Bevölkerung wohlfühlen kann und nicht Tag ein, Tag aus, mit Problemen und Sorgen konfrontiert ist.

So lang für die Bevölkerung in Wr. Neustadt nicht zu hundert Prozent sicher ist, dass sie keine Angst haben muss, dass solche Vorgänge wie etwa im

Verfassungsschutzbericht erwähnt wurden - Zitat: *“Insbesondere die Tendenzen einer Verschärfung der Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten im Bundesgebiet haben sich bestätigt.”* auch in Wr. Neustadt stattfinden, muss verschärft an diesem Problem gearbeitet werden.

Die FPÖ bittet um Zustimmung zu diesem Antrag, denn es liegt auf der Hand, dass eine Zustimmung klar für eine Erhöhung der Sicherheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung beträgt.

Vermitteln wir in diesem Thema Einigkeit, zum Wohle unserer Stadt. Eine stichprobenartige Prüfung kann nun wirklich niemanden schmerzen.

Als Vergleichsbeispiel kann man etwa anführen, dass auch ein Autofahrer, der sicher an seinen Arbeitsplatz fahren will oder seine Kinder in die Schule bringen will, nichts gegen stichprobenartige Alkoholkontrollen im Straßenverkehr haben wird. Diese dienen in diesem Zusammenhang auch ausschließlich der Erhöhung der allgemeinen Sicherheit.

Im Umkehrschluss kann beim Thema zu diesem Antrag kann niemand etwas gegen eine stichprobenartige Überprüfung zur Erhöhung der Sicherheit haben. Der gesamte Gemeinderat in Wr. Neustadt ist der Bevölkerung schuldig, in ihrem Sinne zu handeln!

Wr. Neustadt muss in jeglicher Hinsicht eine sichere Stadt bleiben, um auch unseren Kindern noch eine Zukunft bieten zu können!

***Weitere Begründung erfolgt mündlich***